

WDR 2

Stand: 21.07.2009, 08:54 Uhr

Quelle/URL: <http://www.wdr.de/themen/panorama/bergschaeden/090720.jhtml>**Unsicherheit im Rheinland nach Erdbeben in Sachsen-Anhalt****Stopp für Tagebauseen gefordert**

Nach dem Erdbeben in Sachsen-Anhalt sind in NRW viele Menschen besorgt. Im rheinischen Braunkohlerevier fordert die Stadt Düren zusammen mit Bürgern einen Stopp der Planungen für die Flutung des dortigen Tagebaus.



Unglücksstelle in Nachterstedt

Die Ursache für das Unglück im sachsen-anhaltinischen Nachterstedt, bei dem am Samstag (18.07.09) zwei Häuser in einen Tagebausee gerissen und vermutlich drei Menschen verschüttet wurden, ist weiter ungeklärt. Experten vermuten allerdings eine Spätfolge des dortigen Braunkohleabbaus, der 1991 beendet wurde.

Im rheinischen Braunkohlerevier ist der Abbau in den Gebieten Garzweiler, Hambach und Inden dagegen noch im vollen Gange - erst 2045 wird dort die letzte Kohle gefördert worden sein. Aber auch dann soll ein Großteil der Abbaulöcher geflutet werden. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) befürchtet daher in NRW ähnliche Szenarien wie zur Zeit in Sachsen-Anhalt. Tausende Anwohner seien im rheinischen Kohlerevier einem "nicht abzuschätzenden Risiko" ausgesetzt.

SPD fordert Aufklärung von der Landesregierung

"Wir appellieren an das Land, den Ernst der Lage zu würdigen", sagte am Montag (20.07.09) der Dürener Bürgermeister Palu Larue. Der CDU-Politiker forderte, die Planungen für die Flutung des Tagebaus Inden zunächst so lange zu stoppen, bis die Ursache für das Unglück in Nachterstedt geklärt ist. Nicht weit vor den Toren der Stadt soll ab 2030 der elf Quadratkilometer große Tagebausee Inden entstehen. 40 Jahre lang soll Wasser aus der Rur in das Tagebauloch einfließen und damit den größten See Nordrhein-Westfalens bilden. Die Landesregierung solle den vom Braunkohleausschuss befürworteten See ablehnen, schloss sich am Montag die Interessengemeinschaft Düren-Merken den Forderungen der Stadt an.

NRW-Bergbau-Aufsicht prüft



Tagebaue zu Wassersportgebieten?

Die Reaktion aus Düsseldorf ist eher zurückhaltend: Die Beantwortung der Frage, inwieweit ein Abrutschen der Böschung auch in NRW möglich sei, "kann erst erfolgen, wenn die Fachleute die genaue Ursache für das Unglück in Sachsen-Anhalt kennen", teilte das Wirtschaftsministerium mit.

Die Bergbau-Aufsichtsbehörden hätten unverzüglich über einen Handlungsbedarf für die Braunkohle-tagebaue in NRW diskutiert. Noch sei aber die genaue Ursache für das Unglück in Nachterstedt nicht bekannt. Die Bergbau-Aufsicht und der Geologische Dienst verfolgen den Angaben zufolge die Ermittlungen intensiv. Nach bisherigen Erkenntnissen seien die

geologischen und hydrogeologischen Verhältnisse in Sachsen-Anhalt und NRW sehr unterschiedlich.

Skepsis in Düren

In Düren ist die Skepsis gegenüber den See-Plänen groß. Während sich 14 Nachbargemeinden für die Flutung des Tagebaus Inden, galt die Stadt immer als Bedenkenträger. Jetzt sehen sich die Skeptiker bestätigt, denn Gegenden wie die um Nachterstedt wurden die Rheinländern immer als Paradebeispiele gelungener Renaturierung von Tagebau-Arealen präsentiert.

Unterstützung erhalten die Dürener auch vom stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Norbert Römer. Der forderte in einer Erklärung die Landesregierung auf, die Ängste der Menschen in der Region ernst zu nehmen. Erdbehrtschgefahr durch den geplanten See müsse definitiv ausgeschlossen werden, so Römer. Die Landesregierung solle prüfen, ob neue Gutachten für das rheinische Revier in Auftrag gegeben werden müssten.

100 Meter Sicherheitszone



Wie hoch ist das Risiko in NRW?

"Wegen der enormen Dimensionen der rheinischen Braunkohle-tagebaue ist die Gefahr von Erdbehrtschgefahr hier sogar wesentlich größer als in Ostdeutschland", sagte Dirk Jansen, Braunkohleexperte des BUND. Eine Einschätzung, die der Geologische Dienst Nordrhein-Westfalen nicht teilt.

Erdbehrtschkatastrophen wie in Nachterstedt seien im rheinischen Braunkohlegebiet nahezu unmöglich. Zwar gebe es bei den geplanten riesigen Seen ein "gewisses Risiko", sagte Ludger Krahn. "Der neuralgische Punkt sind die Böschungen", so Krahn.

Deren Neigungswinkel sei entscheidend für die Abrutschsicherheit. Es werde im rheinischen Revier lückenlos überwacht, ob sich Risse andeuten, und schließlich gebe es eine weiträumige Sicherheitszone rund um die Abbaulöcher. Diese Zone beträgt nach Angaben des Wirtschaftsministeriums die halbe Tagebautiefe, mindestens aber 100 Meter.

Betreiber sieht Sicherheit gewährleistet



Braunkohlebagger bei der Arbeit

Die Essener Firma RWE Power, die die drei rheinischen Tagebaue betreibt, sieht zurzeit keinen Anlass, ihre Aktivitäten einzuschränken oder zu überprüfen. Unternehmenssprecher Lothar Lambertz teilte am Montag mit, dass die Situation in Nachterstedt nicht auf die Verhältnisse im Rheinland übertragbar sei. "Eine Gefährdung für die Bewohner im unmittelbaren Umfeld unsere Tagebaue gibt es nicht", so Lambertz.

Auch er nennt die Gestaltung und Überwachung der Böschungen sowie die großräumigen Sicherheitszonen als Garant gegen ein Abrutschen des Erdreichs.

Zudem, so der Unternehmenssprecher, seien alle bereits bestehenden Seen ebenso wie die geplanten neuen Projekte mit "breiter Unterstützung aller Gremien und der Bevölkerung" realisiert beziehungsweise beschlossen worden. Sie trügen auch zur hohen Lebensqualität im rheinischen Revier bei.



Quelle/Url: http://www.wdr.de/radio/wdr4/wort/zur_sache/2009/20090720_aufsandgebaut.html

ZUR SACHE VOM 20.07.2009

Auf Sand gebaut – nicht nur in Nachterstedt

Nach dem verheerenden Erdbecht in Nachterstedt in Sachsen-Anhalt fordern die Stadt Düren und eine Bürgergemeinschaft den Stopp der Planungen für einen See im Restloch des Tagebaus Inden. Die NRWLandesregierung solle den vom Braunkohleausschuss befürworteten See ablehnen, wird verlangt. Derweil sind an der Unglücksstelle des Erdbechtes in Sachsen-Anhalt über Nacht neue Risse festgestellt worden. In dem ehemaligen Bergbauebiet sind somit neue Erdabbrüche möglich.

von: Hubert Maessen

Dass sich der Boden auftut, dass einen die Erde spurlos verschlingt und lebendig begräbt, das gehört zu den ganz großen Urängsten der Menschen, zumal ja auch vermutet wird, dass unter uns die Hölle mit den armen Seelen brennt. Was vor dem Harz in dem Örtchen Nachterstedt passierte, das ist der wahr gewordene Alptraum. Ein riesiges Stück Erde bricht weg, reißt Häuser und Menschen mit in die Tiefe, Helfer sind hilflos, auch sie finden keinen festen Grund. Außerdem weiß niemand, was noch passieren kann, ob auch der Rest der Siedlung am Rande eines alten Tagebaus noch in den Orkus stürzen wird.

Dieser gewaltige Erdbecht ist aber kein unabwendbares Naturereignis, den hat der Mensch gemacht, über etliche Generationen und viele Zuständigkeiten, vom Kaiserreich über Nazizeiten und DDR bis ins wiedervereinigte Deutschland. Wie hier bei uns im Braunkohlegebiet zwischen Köln und Aachen hatte man über ein Jahrhundert lang eine gewaltige Grube gegraben und sich nach dem Ende des Bergbaus dafür entschieden, das Riesen-Loch in der Landschaft volllaufen zu lassen, auf dass dort ein großartiges „Seeland“ entstünde und man dann dort mit Freizeit und Tourismus andere Kohle machen könnte.

Seit Jahren füllt sich der See und es hat offensichtlich niemand geklärt, welche Folgen das hat, ob die an die hundert Meter hohen Ufer fest genug sind, ob es keine Gefahr von Auswaschungen, von Unterspülungen, von Rutschungen gibt. „Es ist noch immer gutgegangen“, dieser Satz aus dem Kölner Grundgesetz gilt ja an vielen Orten, anscheinend auch bis Sachsen-Anhalt. Und selbst wenn es ein Gutachten gegeben hätte, das die Ungefährlichkeit der Seebildung bescheinigt hätte, Sicherheit gibt auch das nicht. In Nachterstedt stehen nämlich die Fachleute vor einem Rätsel; das heißt, sie können sich das Geschehen nicht erklären. Ja, wenn sie das hinterher schon nicht können, dann vorher erst recht nicht. Mit der Formel „Nach menschlichem Ermessen“ steht auch der Notausgang im Gutachten. Nichts Genaues weiß man nicht und hinterher ist man nicht klüger, sondern noch dümmer.

Die Natur ist permanent in Bewegung und sie ist am Ende immer stärker als der Mensch, da kann der noch so sehr die Backen aufblasen und sich seiner Technik und Forschungen rühmen. Die Häuser in Nachterstedt sind so weggerutscht wie das unschätzbar kostbare Kölner Archiv. Keiner der Fachleute, niemand von den Verantwortlichen hat das kommen sehen: Soviel zur Sicherheit durch Fachleute, da ist der gesunde Menschenverstand mit seinen

Ängsten und Ahnungen oft noch viel besser, und in Nachterstedt war es vielen Leuten schon länger mulmig.

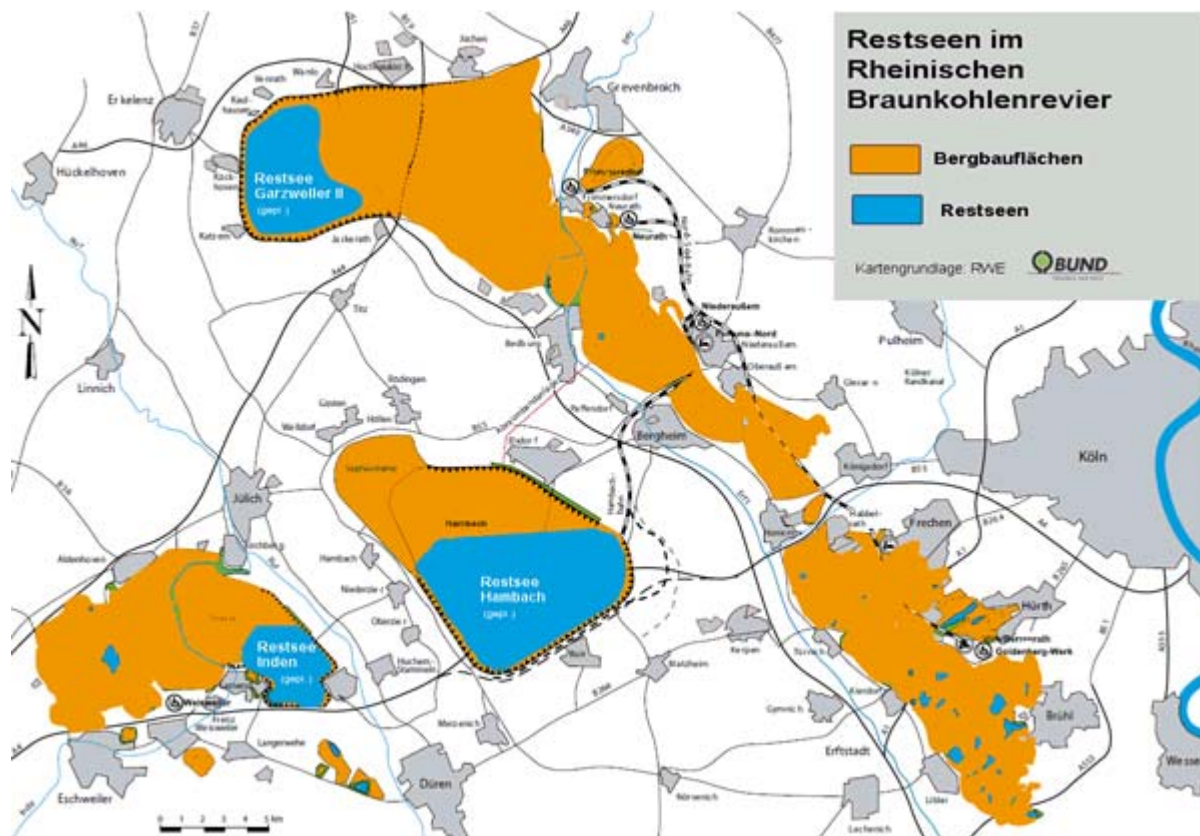
Bei uns übrigens auch. Dass unser altes Kohlenrevier sinkt und hier und da einstürzen kann, das wissen wir, das sinkt stetig ab und die Pumpen müssen bis zum Nimmerleinstag weiterlaufen. Hier besteht permanentes Risiko, und jedes Jahr passiert auch was. Und wie ist es bei der Braunkohle? Da haben jetzt noch mehr Menschen Angst. Die brauchen sofort klipp und klar Aufklärung über ihre Risiken: Was kann da rutschen, welche Häuser können wackeln, wie wird das mit dem Grundwasser. Und bitte nicht mit dem Standardsatz der Chemieindustrie: „Ein Gefährdung von Menschen und Umwelt hat zu keinem Zeitpunkt bestanden.“ Den glaubt kein Mensch mehr.

Quelle/Url:

http://www.bund-nrw.de/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/schadenspotenzial-im-rheinland-ist-enorm/?tx_ttnews%5BbackPid%5D=3371&cHash=85ef28fed9

19. Juli 2009

"Schadenspotenzial im Rheinland ist enorm"



Nach Erdbeben im Tagebau in Sachsen-Anhalt warnt der BUND vor Gefahren im Rheinland

Nach dem verheerenden Erdbeben im sachsen-anhaltinischen Nachterstedt warnt der nordrhein-westfälische Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) vor ähnlichen Risiken durch die Braunkohlentagebaue im Rheinland. Nach Beendigung der drei Großtagebaue Garzweiler, Hambach und Inden entstünden gigantische Restlöcher mit noch unabsehbarem Schadenspotenzial. In unmittelbarer Nähe der bis zu 250 m tiefen und insgesamt mehr als 74 Quadratkilometer Restlöcher lebten heute Zigtausende Menschen.

Dirk Jansen, BUND-Braunkohlenexperte: "Wegen der enormen Dimensionen der rheinischen Braunkohlentagebaue ist die Gefahr von Erdbeben hier sogar wesentlich größer als in Ostdeutschland. Niemand kann heute guten Gewissens solch katastrophale Ereignisse mit enormen Schadenpotenzial ausschließen."

Nach den Planungen der RWE Power AG verbleiben nach Beendigung der Großtagebaue Garzweiler, Hambach und Inden drei Restlöcher, die über Jahrzehnte hinweg künstlich geflutet werden sollen. Gegen Ende des Jahrhunderts sollen dann drei so genannte Restseen entstehen, deren Gesamtfläche in etwa diejenige des Chiemsees erreicht. Der Hambacher Restsee wäre mit einer Fläche von 40 Quadratkilometer und einer Tiefe von bis zu 250 Meter der größte, gefolgt von den Restseen Garzweiler (23 qkm, 185 m) und Inden (11 qkm, 180 m). Gerade während der bis zu 40 Jahre dauernden Befüllung mit Wasser und durch das nach Beendigung der künstlichen Sümpfung langsam wieder ansteigende Grundwasser kann es nach Einschätzung des BUND verstärkt zu Instabilitäten im Tagebaurestloch und den dortigen Böschungen kommen. Erdbeben seien die zwangsläufige Folge. Dazu führe die Veränderung der Auflastverhältnisse in der oberen Erdkruste zu tagebauinduzierten Mikrobeben, die gleichfalls Erdbeben auslösen könnten. Besonders prekär sei die Situation, weil in unmittelbarer Nähe der geplanten Restlöcher Zehntausende Menschen lebten. Insbesondere Ortschaften wie Kerpen-Buir und Niederzier (Tagebau Hambach) oder Jackerath und Kückhoven (Tagebau Garzweiler) seien wegen ihrer Randlage zu den Gruben gefährdet.

Besonders verärgert ist der BUND über die unlängst beschlossene Umplanung im Tagebau Inden. Anstelle - wie ursprünglich vorgeschrieben - diesen Tagebau nach der Auskohlung vollständig zu verfüllen, sei dort nun ein Restsee geplant. "Dadurch spart RWE etwa 250 Millionen Euro", sagt Dirk Jansen, "aber die Bevölkerung trägt die Risiken."

Auch im laufenden Betrieb können Erdbeben nach Ansicht des BUND nicht ausgeschlossen werden. Dirk Jansen: "Es gibt keinen größeren Eingriff in die Struktur des Untergrundes und das Grundwasser als einen Braunkohlentagebau. Der Braunkohlentagebau Hambach wird Tiefen von etwa 500 m erreichen; allein die Außenkippe des Tagebaus ist 220 m hoch. Darin steckt eine enorme Reliefenergie. Durch die so genannte Sümpfung, d.h. das Abpumpen des Grundwassers bis in Tiefen von 550 Metern wird zudem die gesamte Hydrologie eines weiten Umfeldes gestört. Dadurch kommt es schon heute zu hunderten Bergschäden am Gebäudebestand."

Letztendlich, so der BUND, könne niemand die langfristigen Folgen der Braunkohlen-großtagebaue sicher einschätzen. Die zahlreichen alten, zumeist als Seen genutzten Restlöcher in der Völsche seien nicht mit Garzweiler, Hambach und Inden vergleichbar. Mit ihren geringen Ausdehnung und Tiefen von maximal 15 Metern seien sie nicht mehr als "harmlose Tümpel". Dagegen seien die Großtagebaue ein "Experiment mit unkalkulierbarem Ausgang".

Mehr Infos zu den Braunkohletagebauen und Restseen:

http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/braunkohle/tagebaue_im_rheinland/



BUND fordert Überprüfung der Braunkohlenpläne im Rheinland

22. Juli 2009

Konsequenzen aus dem Tagebauunglück

Nach dem Tagebauunglück in Sachsen-Anhalt fordert der nordrhein-westfälische Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) die Überprüfung sämtlicher Braunkohlenpläne im Rheinland. Anstatt die Situation zu verharmlosen müssten jetzt die notwendigen planungsrechtlichen Konsequenzen gezogen werden. Scharf kritisiert der BUND die RWE Power AG und das NRW-Energieministerium. "Wer ähnliche Erdrutsche im Rheinischen Braunkohlenrevier definitiv ausschließt, handelt unseriös und vertuscht die tatsächlichen Tagebau-Risiken", sagte der BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen.

Der BUND fordert, die den Tagebauen zugrunde liegenden Braunkohlenpläne Garzweiler II, Inden II und Hambach auf den Prüfstand zu stellen. Dies sehe das Landesplanungsgesetz gemäß Paragraf 35 für den Fall vor, dass sich die Grundannahmen wesentlich ändern. Auch wenn die geologische und bergbauliche Situation in Sachsen-Anhalt nicht 1:1 auf das Rheinland übertragbar sei, gebe es doch Parallelen. „Auch in Ostdeutschland erfolgte eine kontinuierliche Überwachung und die vermeintlichen Experten haben Vorfälle dieser Art immer ausgeschlossen. Den Mitgliedern des Braunkohlenausschusses im Rheinischen Revier wurden die ostdeutschen Tagbaue sogar immer als Paradebeispiel für eine gelungene Rekultivierung vorgeführt“, kritisiert Jansen.

Die bisherigen Regelungen in den Braunkohlenplänen und Rahmenbetriebsplänen hält der BUND für unzureichend. So sei im Braunkohlenplan Garzweiler II lediglich das Ziel definiert, dass „die bergbauliche Tätigkeit ... so zu planen und durchzuführen [ist], dass durch den Abbau bzw. die Verkippung bedingte unmittelbare Veränderungen der Geländeoberfläche außerhalb der Sicherheitslinie – soweit vorhersehbar – ausgeschlossen sind“.

Bei einer Größe des Abbaubereiches Garzweiler II von 4.800 Hektar ist eine Sicherheitszone um den Tagebau von insgesamt 210 Hektar vorgesehen. Im Braunkohlenplan Inden II ist festgelegt, dass die Sicherheitszone etwa halb bis ganz so breit, wie der Tagebau an der betreffenden Stelle tief ist, festzulegen ist. Bei einer maximalen Tiefe des Tagebaus Inden von 230 m ist nach dieser Faustformel somit ein Sicherheitsabstand von 115 m ausreichend. Auch beim bis zu 450 m tiefen Tagebau Hambach wird diese Faustformel zur Anwendung gebracht. **Im Bereich von Kerpen-Buir ist die Sicherheitszone demgemäß nur etwa 250 m breit.**

Der BUND fordert daher, die Sicherheitszonen um die Tagebaue wesentlich größer zu dimensionieren bzw. die geplante Abbaufäche zu verkleinern, um einen größeren Sicherheitspuffer zu den Siedlungen zu erhalten. Wo immer möglich, müsse zudem die Verfüllung der Restlöcher vorgeschrieben werden. Die Änderung des Braunkohlenplans Inden zugunsten der Restseelösung, von der letztendlich nur das RWE finanziell profitiere, muss nach BUND-Auffassung daher gestoppt werden.